

- 5. SEP

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XV/202 - 5. September 1960

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 21831-33

Fernschreiber 0886390

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1	<u>Der Hauptstoß gilt der Bundesrepublik</u> Vor der neuen Moskauer Propaganda-Offensive - Wirkungen der Generalsdenkschrift	49
2	<u>Höchste Wachsamkeit geboten</u> Nach der letzten Berlin-Krise	30
3 - 4	<u>Außenpolitischer Kurswechsel in Ankara?</u> Von Dr. Basil Mathiopoulos	61
5	<u>Ufa in der Klemme</u> Hauke ging, die Verluste blieben	47
6 - 7	<u>Sozialdemokraten in der Verantwortung</u> Aufbauleistungen in deutschen Städten <u>Kassel - die Stadt im Herzen Deutschlands</u> Von Oberbürgermeister Dr. Lauritz Lauritzen	73

* * *
* *

Der Hauptstoß gilt der Bundesrepublik

Vor der neuen Moskauer Propaganda-Offensive - Wirkungen der Generalsdenkschrift

sp - Hätte die Sowjetunion Preise für westliche Politiker zu vergeben, die ihr in den letzten Wochen wertvolle Hilfsdienste geleistet haben, würde wohl unser Bundesverteidigungsminister Franz Josef Strauß an erster Stelle der Preisempfänger stehen. Es würde ein sehr hoher Preis sein. Er hat als der eigentliche Inspirator der unglückseligen Generalsdenkschrift einen Sprengstoff geliefert, dessen Brisanzwirkungen die Bundesrepublik nun zu spüren bekommt. Was als innenpolitisches Schlaginstrument gegen die deutsche Sozialdemokratie für den bevorstehenden Bundestagswahlkampf gedacht war, erweist sich in der sowjetischen Propaganda als eine gegen die Bundesrepublik gerichtete Waffe der Verdächtigungen und Unterstellungen.

Nun, das ist an sich kein neuer Aspekt in den Beziehungen zwischen Bonn und Moskau. Die Bundesrepublik gilt schon seit vielen Jahren in den Augen der Sowjets als ein "Land unverbesserlicher Revanchisten und Militaristen". Damit hat man sich abgefunden. Was aber der neuen sowjetischen Großoffensive gegen die Bundesrepublik eine beunruhigende Stoßkraft verleiht, ist ihre Wirkung auf verängstigte oder gar erschreckte Geister in dem uns befreundeten Ausland. Der forsche Strauß hat es durch seine Generalsdenkschrift zuwege gebracht, das Gespenst eines neuen deutschen Militarismus auch in gewissen Kreisen des Westens wieder heraufzubeschwören; so ertönen aus Frankreich bisher noch nie gehörte Stimmen, und es sind dies keine kommunistischen Stimmen. "Le Monde" befürchtet - sollten die in der Generalsdenkschrift erhobenen Forderungen verwirklicht werden - ein militärisches Übergewicht der Bundesrepublik im nichtkommunistischen Europa mit allen politischen und psychologischen Folgen. Die angesehene französische Zeitung sieht Gefahren für die junge deutsche Demokratie, und sie wirft der Bundesrepublik vor, Nutzen aus der Verschärfung des Kalten Krieges zu ziehen.

Nur braucht man eine solche, freilich nicht vereinzelte Stimme im Westen nicht allzu ernst zu nehmen, immerhin ist sie aber symptomatisch für die durch Strauß auch bei unseren engen Verbündeten ausgelösten Befürchtungen - eine Stimmungslage, die der sowjetischen Klaviatur zugute kommt.

Der sowjetische Ministerpräsident Chruschtschow bedient sich ihrer jetzt schon in reichlichem Maße. Seine letzte an Bonn gerichtete überaus scharfe und an vielen Stellen verletzend wirkende Note wie auch seine Absicht, an der Spitze aller Regierungschefs des Ostblocks vor dem Forum der Vereinten Nationen zu erscheinen, geben einen neuen Vorgeschmack von dem, was auf uns und die westliche Welt zukommt. Propagandasalven von bisher nie gekannter Stärke sind zu erwarten, gerichtet in erster Linie gegen die Vereinigten Staaten und die Bundesrepublik. Chruschtschow wird viel von Abrüstung sprechen und seinen vor einem Jahr vor den Vereinten Nationen gemachten Vorschlag für eine totale Abrüstung wieder aus der Schublade ziehen; inwieweit aber ein sachlicher Kern von wirklicher Verhandlungsbereitschaft zu finden sein wird, das gilt es eben zu prüfen. Bisher hat die sowjetrussische Politik kaum etwas zur Schaffung eines Klimas getan, in dem Vertrauen und Verhandlungsbereitschaft gedeihen können.

Höchste Wachsamkeit geboten

sp - Die tapferen Berliner haben in den letzten Tagen wieder einmal ihren Ruf gerechtfertigt, sich durch Provokationen östlicher Seite nicht aus der Ruhe bringen zu lassen. Sie nahmen die Pankower Schikanen mit Gleichmut hin, und der Berliner Senat bewies eine Haltung, wie sie freien, selbstbewußten, von ihrer gerechten Sache überzeugten Männern und Frauen entspricht.

Mutwillig haben die Machthaber der Zone die letzte Krise vor Zaum gebrochen, sie wollten wieder einmal die Standhaftigkeit von Senat und Westberliner Bevölkerung prüfen, aber auch die Haltung der Westmächte. Mit Dankbarkeit empfindet das deutsche Volk die Bekundung der Solidarität des Westens für den Behauptungskampf des freien Berlin. Der Vorstoß Pankows - diesmal erfolgt auf Moskauer Geheiß - galt ja nicht den Heimatvertriebenen und der Berliner Tagung des Heimkehrerverbandes, er galt vor allem dem freien Berlin und damit dem ganzen deutschen Volke. Die letzten fünf Tage gaben einen Vorgeschmack von dem, was Pankow und Moskau unter einer freien Stadt verstehen: die Abschnürung von Westdeutschland, die Auslöschung jedes politischen Lebens und die Verhängung einer Zwangsjacke, unter der jede freiheitliche Regung erstarrren soll. Ulbricht warf diesmal die Maske ab, er zeigte aller Welt, wohin sein Weg führt, den er in der Berlin-Frage gehen will, ein Weg, der alle Abwehrkräfte im deutschen Volk und seiner Verbündeten auf den Plan ruft. Insofern hatten diese fünf Tage auch ihr Gutes.

Kun wird es sich zeigen, ob der Versuch, die Freizügigkeit von und nach Berlin einzuschränken, Verbote größerer umfassender Aktionen war. Berlin bleibt gefährdet. In Berlin wird das Schicksal des deutschen Volkes entschieden. Die stets bedrohte Inseln der Hauptstadt Deutschlands sollte freilich auch für die freiheitlich-demokratischen Kräfte unseres Volkes eine ständige Mahnung sein, über alle Parteigrenzen hinweg sich zu höchster Wachsamkeit und Abwehrbereitschaft zusammenzufinden.

Außenpolitischer Kurswechsel in Ankara ?

Von Dr. Basil Mathiopoulos

Nach dem zweiten Weltkrieg konnte sich die Türkei lange Zeit rühmen, das erkorene Lieblingskind der westlichen und besonders der amerikanischen Außenpolitik zu sein. Nachdem die Versuche Moskaus, im Jahre 1946 eine Revision des Montreux-Vertrages (durch den der Status der Meerengen geregelt war) durchzusetzen, gescheitert waren, begann die Türkei im Bewußtsein ihrer strategisch wichtigen Lage mit der Entfaltung einer gut vorbereiteten antikommunistischen Propaganda. Unter der Ära des verstorbenen amerikanischen Außenministers John Foster Dulles kam es quasi zu einer protürkischen Psychose in der Außenpolitik des State Department. In der betont antikommunistischen Haltung des türkischen Volkes glaubte man vielfach auch eine solide Basis des Vertrauens zu dem "Wächter" über die Erdölgebiete des Nahen Ostens zu erkennen.

Die Türkei hingegen ließ keine Gelegenheit ungenutzt, um die in sie gesetzten Hoffnungen durch die Verfolgung eines scharf profilierten Anti-Moskau-Kurses zu rechtfertigen. Bedenklich allerdings mußte der Versuch stimmen, sich ideologisch und politisch mit einem sterilen Anti zu begnügen, ohne diese Gegnerschaft durch Herausstellung tieferer Beweggründe manifestieren zu können. Wie wenig fundiert dieser außenpolitische Kurs war, zeigt die Entwicklung in der Türkei nach der Mai-Revolution der Militärs. Die noch in den ersten Tagen des neuen Regimes oft wiederholten Treuebekundungen zur NATO sind verstummt. Nun, nachdem sich das System gefestigt hat, kann es sich leisten, eigene Wege zu gehen. Es ist kein Geheimnis, daß der Einfluß des Hauptes der Revolution, General Gürsel, mehr und mehr im Schwinden begriffen ist. Hinter den Kulissen der politischen Bühne wird das Geschehen bereits von jüngeren Militärs entscheidend mitbestimmt. Die Auffassung, daß Gürsel auf längere Sicht nur die Rolle eines Nagib zu spielen habe, dem eines Tages ein Wasser folgen werde, ist bereits von mehreren ausländischen Berichterstattern geäußert worden.

Nach Informationen aus Athen ist eine freundlichere Haltung der Türkei gegenüber der Sowjetunion unverkennbar. Die Erklärung, die der neue türkische Botschafter anlässlich der Überreichung seines Beglaubigungsschreibens dem sowjetischen Staatsoberhaupt Breschow gegenüber abgab und die Antwort darauf, gingen im Vergleich zu früheren zurückhaltenderen Äußerungen diesmal über den Rahmen diplomatischer Höflichkeitsformeln weit hinaus. Ministerpräsident Chruschtschow selbst, der sich ebenfalls kürzlich wieder für bessere Beziehungen zur Türkei aussprach, drängt jetzt auf entsprechende Schritte zur Verwirklichung dieses Anliegens.

In diesem Zusammenhang ist auch die letzte Note des Kremls vom 31. August zu verstreuen, in welcher Chruschtschow der Türkei die unschätzbaren Vorteile einer Neutralität klarzumachen versucht. Allein die Tatsache, daß es Moskau zu diesem Zeitpunkt für angebracht hielt, sein Neutralitätsangebot aus der Schublade zu ziehen - - was unter der früheren Regierung Menderes schon unmöglich gewesen wäre - - macht schlagartig deutlich, inwieweit das Klima in den Beziehungen zwischen dem Kreml und Ankara für einen solchen Schritt bereits gediehen war.

Wenn man sich in diesem Zusammenhang daran erinnert, daß die Türkei einst das vielleicht antisowjetischste Land innerhalb des westlichen Lagers gewesen ist, dann überrascht es umso mehr, wenn man in letzter Zeit auch in der türkischen Presse eine weit gemäßigtere Einstellung gegenüber den sowjetischen Nachbarn feststellt. Die weitere Entwicklung in der Türkei muß abgewartet werden. Nachdem allerdings der Balkan-Pakt zwischen Jugoslawien, Griechenland und der Türkei seit langem nur noch für die Historiker interessant scheint, kann eine Wende der türkischen Außenpolitik für die Südostflanke des westlichen Verteidigungssystems in Europa ernste Konsequenzen nach sich ziehen.

Ufa in der Klemme

hm. - Die Schatten, die der Fernseh-Bildschirm auf die Ertragslage der gesamten Filmindustrie wirft, haben auch die Ufa erreicht. Die Gesellschaft, deren Vorgängerin einst den Ruhm des deutschen Filmschaffens im Ausland begründete, ist tief in die Zone der "roten Ziffern" geraten. Die Bilanz per 31. Dezember 1959 wies bereits einen Verlust von 5,8 Millionen DM auf. Seither dürfte sich die Lage des Unternehmens weiterhin verschlechtert haben.

Nicht uninteressant ist in diesem Zusammenhang die Tatsache, daß die ersten Versuche der Ufa, sich aktiv in die Produktion einzuschalten, sich als Fehlschlag erwiesen haben. Ihre Filme "Das Totenschiff", "Labyrinth der Leidenschaften", "Die Gans von Seiden", "Der liebe Augustin" und "Bezaubernde Arabella" kosteten zwar Millionen, aber nur ein Bruchteil ihrer Herstellungskosten konnte als Einspielerlös wieder hereingewonnen werden.

Die neuen Besitzer des Ufa-Konzerns, die vom Bund das ehemals reichseigene Filmvermögen zum "Schleuderpreis" von nur 12,5 Millionen DM erwarben, haben mit einer solchen Entwicklung gewiss nicht gerechnet. Sie begaben sich auf die Suche nach "Sündenböcken", und sie fanden wenigstens einen in der Person des Vorstandsvorsitzenden Arno Hauke. Er wurde von den verärgerten Aktionären "in die Wüste geschickt".

Es ist aber kaum anzunehmen, daß mit diesen personellen "Ballastabwurf" die Sorgen der Ufa ein plötzliches Ende finden. Die Verlustquellen der Gesellschaft haben eine wesentlich tiefere Wurzel. Denn schließlich stand auch die "alte" Ufa nicht weniger als dreimal vor ihrem finanziellen Bankrott. Der Staat hat ihr, da sie inzwischen zur "nationalen Institution" herangewachsen war, überaus großzügig unter die Arme gegriffen.

Mit ähnlichen Hilfen kann die Filmindustrie heute nicht mehr rechnen. Und es gibt auch keinen verständlichen Grund, aus dem ein Wiederaufleben der Subventionierungspraxis befürwortet werden könnte. Die westdeutsche Filmwirtschaft soll sich genau dem internationalen Wettbewerb stellen, wie dies von anderen Branchen der gewerblichen Wirtschaft mit Recht verlangt wird. Das heißt, der Ufa ist zu empfehlen, Filme zu produzieren, die den internationalen Leistungsstandard erreichen oder gar übertreffen. Dann werden ihre betrieblichen Verhältnisse ganz von selbst "in Ordnung" kommen.

Der Hinweis auf die marktstörenden Einflüsse des Fernsehens vermag nur wenig zu überzeugen. Zwar ist richtig, daß immer mehr Zuschauer von der Kinoleinwand zum häuslichen Fernsehen abwandern. Aber niemand hätte die Ufa gehindert, die Einschätzung ihrer auf "alte Traditionen" gegründeten Zugkraft beim Publikum am technischen Fortschritt zu orientieren. Sie hätte sich rechtzeitig um den Abschluss einer "glücklichen Ehe" mit dem Fernsehen bemühen können. Wenn man schon keine bessere, die Kassen der Filmtheater füllende Produktion als die der Fernsehstudios zu bieten vermag, dann sollte man nicht die "nachlassende Kinofreudigkeit" der Bundesbürger beklagen, sondern sich etwas einfallen lassen, woraus eine rentable Beschäftigung resultiert.

Kassel - die Stadt im Herzen Deutschlands

Von Oberbürgermeister Dr. Lauritz Lauritzen

Schon auf den ersten Blick hin gewahrt der Fremde, der Kassel besucht, daß die nordhessische Metropole eine eigengeprägte Großstadt ist. Sie ist mit ihren rund 208 000 Einwohnern nicht mit anderen Großstädten ähnlicher Größenordnung zu vergleichen. Zwar sind hier wie überall in der Bundesrepublik moderne Geschäfts- und Bürohäuser, akzentuierende Hochbauten, anheimelnde Wohnsiedlungen, neue Industrieanlagen und dazu ein großzügig geplantes Straßennetz entstanden. Doch was Kassel besonders auszeichnet, liegt teils in der innigen Verschmelzung des Stadtbildes mit der bergigen, baum- und walddreichen Landschaft und teils in dem eigenartigen geistigen Fluidum, das aus Kisten der Tradition und aus einer regen, zukunftsgeordneten Aktivität herrührt.

Hinter dieser Aktivität steht ein Stadtparlament, in dem die SPD mit 35 Sitzen die absolute Mehrheit besitzt und allein schon dadurch eine betonte Aufgeschlossenheit für die kommenden Aufgaben der nordhessischen Metropole garantiert. Glücklicherweise ist hier eine Verbindung von Überlieferung und Fortschritt gewagt worden, die eine Lebensentfaltung aus dem Geiste unserer eigenen Zeit erlaubt. Keine bessere Grundlage konnte für den Wiederaufbau gewählt werden, als der großzügige Stadtplan aus späterer Zeit. Hinzu kam eine langfristig vorbereitete Neubau-Planung, welche die guten und schlechten Erfahrungen aus dem Wiederaufbau anderer Städte sorgsam nutzte. Das Ergebnis bietet sich heute dem Blick der Besucher unserer Stadt überzeugend dar. Man kann es sich kaum noch vorstellen, daß Kassel nach dem Zusammenbruch nur noch 5 894 intakte Wohnungen von früher 62 290 besaß. 1954 waren erst 76,6 % des Wohnungsbestandes der Vorkriegszeit wieder erreicht. Seitdem sind über 17 000 neue Wohnungen gebaut worden. Das ist viel, wenn man berücksichtigt, daß der Jahresetat unserer Stadt erst 1960 die 150-Millionengrenze überschritten hat.

Das Tempo des Wiederaufbaus in Kassel beschleunigte sich in den letzten Jahren auffällig. Dahinter stand der Wille, die Gesundung des wirtschaftlichen und kulturellen Lebens nicht unnötig zu verzögern. Denn es ist immer rentabler, aus normalen Lebensbedingungen heraus zu wirtschaften. Seit 1954 wurden in Kassel nicht weniger als 194 km Straßen angelegt oder erneuert, was ungefähr einer Entfernung von Kassel bis Frankfurt entspricht. Einer Strecke von Kassel nach Heidelberg dagegen kommt die Ausdehnung neuer S-Bahnen gleich, nämlich 275 km. Für diese Straßenbauten wurden in sechs Jahren 28,5 Millionen DM ausgegeben. Außerdem wurden zum Schutze des Fußgängers mit verkehrsfreien Zonen (Tropfenstraßen) und mit Tunnelwegen unter gefährlichen Kreuzungen beispielhafte Lösungen gefunden.

Natürlich trug die systematische Wirtschaftsförderung durch die Stadt zur Gesundung des Lebens bei. Nachdem industrielle Großunternehmen - wie Henschel - durch die Hilfe von Stadt und Land zu neuer Blüte gelangten, konnte auch an die systematische Ansiedlung kleinerer krisenfester Industriebetriebe und weiterer Großkaufhäuser gedacht werden. Damit verband sich zwangsläufig ein starker Zustrom von Arbeitskräften mit ihren Familien. Daß im übrigen der Entfaltung gemeindlichen Lebens die Errichtung von Bürgerhäusern in verschiedenen Stadtteilen dienen wird (das erste Gebäude dieser Art entsteht in Kürze), gehört ebenso zum Bilde aktiver Kommunalpolitik in Kassel wie der Bau einer großen Mehrzweckhalle für sportliche, wirtschaftliche und kulturelle Veranstaltungen und - nicht zuletzt! - die Neugründung eines ganzen Stadtteiles für 30 000 Menschen auf dem bisherigen Truppenübungsplatz "Dönche".

Das alles vollzog sich vor dem Hintergrunde systematischer Kulturpflege. Wenn Kassel heute als "Stadt der Schulen" bezeichnet wird, so stützt sich dieser Ruf auf viele erfolgreiche Schulversuche zum Vorteil der Eltern und Schüler, auf die Fünf-Tage-Schule, auf die Kursklassenversuche und nicht nur auf den Neubau moderner Schulen, durch welche die Vorkriegszahl der Klassenräume längst überboten worden ist. Überhaupt hat Kassel viel für die Jugendpflege getan. In bereits vier Jugendhäusern werden die Probleme der Freizeit planmäßig ihrer Lösung entgegengebracht. Sportplätze und Turnhallen werden systematisch vermehrt. Den Kleinsten dienen schon heute 72 Kinderspielplätze und 12 städtische Kindergärten neben einem Mehrfachen an ähnlichen privaten Einrichtungen.

Seine Bedeutung und Tiefe erhält aber der Wiederaufbau der nordhessischen Metropole durch die Erstarkung des kulturellen Lebens. Der Initiative von Stadt und Land war es zu verdanken, daß seit 1959 im Neubau des Staatstheaters mit seinen zwei Bühnen bei einem Kostenaufwand von rund 20 Millionen DM eine alte erfolgreiche Theatertradition fortgesetzt werden kann. Hier wie auch in der Musikpflege und nicht zuletzt in den beiden modernen internationalen Kunstausstellungen "documenta" der Jahre 1955 und 1959 offenbart sich die fortschrittliche Kulturgeistung, welche in zunehmendem Maße die Kulturentfaltung in Kassel beherrscht.

+ + +